Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

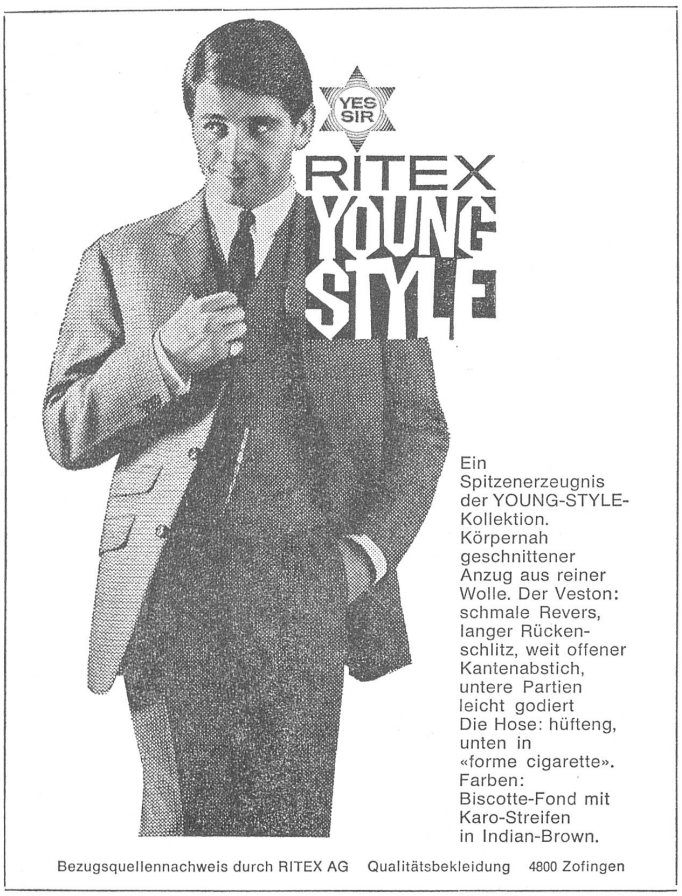
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Privater Wohnbau in der Tschechoslowakei

Im September ist in der Tschechoslowakei ein neues Wohngesetz in Kraft getreten, wonach private Gruppen Miethäuser bauen und besitzen dürfen. Ferner besteht für die Mieter in alten Wohnhäusern die Möglichkeit zum Wohnungskauf, der allerdings an gewisse Einschränkungen gebunden ist. Das neue Gesetz ist gegen die anhaltende Wohnungsnot gerichtet und sucht überdies, durch die Wiederbelebung von Privatinitiative den schlechten Unterhalt von Wohnräumlichkeiten zu bekämpfen.

Der Wohnungsmangel, den die Tschechoslowakei nach der stillgelegten Wohnbau- und Reparaturtätigkeit im Zweiten Weltkrieg übernehmen musste, hielt bis heute an, trotzdem rund zweieinhalb Millionen Deutsche ausgesiedelt wurden und trotzdem weitere 100 000 politische Emigranten verfügbare Wohnplätze zurückliessen. Die Wohnungsnot hat heute Ausmasse erreicht, die von der tschechoslowakischen Presse beinahe jeden Tag angeprangert werden.

Dieser Zustand ist noch auf die seinerzeitige Sozialisierung des Wohnsektors zurückzuführen, als der Staat wohl die Verantwortung in dieser Sphäre übernahm, ihr aber in der Folge nicht gerecht wurde. Aber schon in den Jahren vor 1948 hatte die private Initiative in Voraussicht der kommenden Entwicklung weitgehend aufgehört. Dann übernahm der Staat den Bau neuer Wohnhäuser und den Unterhalt von alten Bauten.

Seit 1952 sind ferner sowohl die exproprierten als auch die privaten Häuser von einer gewissen Zinshöhe an in staatlicher Obhut.

Während der 18 Jahre seiner exklusiven Geschäftsführung hat der Staat die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigen können. Noch bis zum letzten Jahr hatte man in der Presse erklärt, die Wohnungsnot werde um 1970 behoben sein. Inzwischen hat Radio Prag eingeräumt, ein «solider europäischer Wohnstandard» werde nicht vor 1980 erreicht werden können. In der Tschechoslowakei werden jährlich 6,3 Wohnungen auf 1000 Einwohner gebaut. Damit ist die tschechoslowakische Wohnbautätigkeit trotz Nachholbedarf an fünftletzter Stelle Europas zu finden, gefolgt nur noch von Jugoslawien, Polen, Portugal und Spanien.

Bisher gab es in der Tschechoslowakei neben dem staatlichen und dem genossenschaftlichen Wohnbau nur eine Möglichkeit für die private Initiative, den Bau von Einfamilienhäusern. Das neue Gesetz lässt nun den privaten Bau von Miethäusern mit einer unbeschränkten Zahl von Wohnungen zu. Bürger mit entsprechenden Mitteln können eine Interessengemeinschaft zu diesem Zwecke gründen. Darnach sind sie selbst für die Verwaltung des betreffenden Wohnblocks zuständig. Die Wohnungen sind im Einzelbesitz der Erbauer, die gemeinsamen Teile im gemeinsamen Eigentum.

Das Gesetz enthält Einschränkungen, welche das private Besitztum an Wohnbauten einschränken. So kann der Einzelne nicht mehr als eine Wohnung besitzen, und diese darf nicht mehr als fünf Zimmer aufweisen, wozu noch Küche, Garage «und andere Räumlichkeiten für persönliche Benutzung» kommen. Die Wohnfläche soll 120 Quadratmeter nicht überschreiten. Die Rechte des Eigentümers sind beträchtlich. Er kann seine Wohnung verkaufen, vermieten und vererben. Damit hat er grössere Befugnisse als der Eigentümer eines Einfamilienhauses, der nur unter der Bedingung vermieten darf, «dass dies nicht im Widerspruch zu den Interessen der Gesellschaft steht».

Ein Haus mit Eigentumswohnungen kann auf staatlichem Boden gebaut werden, wobei der Staat den Erbauern das Recht für unbefristete Benutzung gegen eine einmalige Zahlung zugesteht.

Lächeln in Polen

Der polnische Staatsratspräsident Edward Ochab hat sich in einer öffentlichen Aeusserung die Anrede «Herr» verbeten, da er ein Genosse sei und bleibe. Darauf erzählt man sich folgende Anekdote: Ochab wurde kürzlich im Warschauer Sportstadion von einem heftigen Bauchgrimmen heimgesucht und geriet dadurch in eine peinliche Lage. Denn auf der einzigen Türe, die ihn hätte retten können, stand «Herren».

*

Wie kann man die polnische Bevölkerung unterteilen? — In (Kardinal) Wyszynskis Lämmer und Gomulkas Schafe.

*

Ein Ex-Genosse erzählt, warum er aus der Partei ausgeschlossen wurde: Ich musste den Saal für die Parteiversammlung dekorieren. Da ging ich auf den Estrich, holte die Porträts, die sich dort befanden, und hängte sie an die Wand. Der Sekretär kam, sah sich das an und fragte: «Warum hast du das Porträt von diesem Schurken wieder aufgehängt.» Ich fragte: «Welches?» Da hat man mich hinausgeschmissen.

Kinder und Militär

Mit der Disziplin in der ostdeutschen Kinderorganisation «Junge Pioniere» hat sich das Organ für FDJ-Funktionäre in der Pionierorganisation «Ernst Thälmann», die in Ost-Berlin erscheinende Zeitschrift «Pionierleiter» erneut auseinandergesetzt und dabei Forderungen zu ihrer Verschärfung aufgestellt.

Nach den Worten des Funktionär-Organs muss die Fähigkeit zur unbedingten Disziplin «anerzogen und geübt» werden. «Wissen zwölfjährige Pioniere während eines Fahnenappells nichts mit einem Kommando anzufangen, hat eine Gruppe nicht gelernt, zur Demonstration im Gleichschritt zu marschieren, bereitet die Aufstellung in Reih und Glied Schwierigkeiten», heisst es wörtlich, «dann sollte geübt werden». Antreteordnung, Marschübungen, Pflege der Kommandosprache gehören zum Programm einer Pioniergruppe. Durch die Pflicht und Fähigkeit, exakt und geschlossen aufzutreten, werde das Gefühl, Mitglied einer starken, bedeutenden Organisation zu sein, bei den Kindern entwickelt, stellt der «Pionierleiter» fest.

Ungarn: Kunststoffproduktion im Ausbau

Die Produktion von Kunststoffen hat sich in Ungarn während den vergangenen fünf Jahren verdreifacht. Gegenüber den 10 000 Tonnen des Jahres 1960 betrug im Jahre 1965 die Produktion bereits 30 000 Tonnen. Nach den Direktiven des 3. Fünfjahresplanes (1966 bis 1970) soll der Jahresausstoss dieser Sparte bis 1970 auf 100 000 Tonnen ansteigen. Damit wird sich auch der gegenwärtige Pro-Kopf-Verbrauch von 4 Kilogramm auf 10 Kilogramm erhöhen.

Um diese weitgesteckten Planziele erfüllen zu können, beabsichtigt man die Kapazität des PVC-Betriebes im Borsoder Chemiekombinat (Nord-Ungarn) von 6000 auf 30 000 Jahrestonnen zu erhöhen. Ferner soll auch die Erzeugung von Polyäthylen anlaufen und einen Jahresausstoss von 24 000 Tonnen erreichen. Zur gleichen Zeit will man auch die Produktion des Polyesterharzes auf das Mehrfache erhöhen, um daraus mindestens 10 000 Tonnen Kunstharzklebstoffe zu gewinnen, die bei der Erzeugung von Spanplatten, Holzfaserplatten und Hanfschäbeplatten Verwendung finden. Schliesslich ist in diesem Zusammenhang auch der in Debrecen (Ost-Ungarn) entstehenden Kunststoffabrik eine wesentliche Rolle zugedacht, die jährlich 20 000 Tonnen verschiedener Kunststoffe herstellen soll.

Die Fiat-Werke in der UdSSR

Nachdem im August italienische Korrespondenten aus Moskau berichtet hatten, es sei in der sowjetischen Hauptstadt eine eigene Aussenhandelsgesellschaft (Awtoprom-Import) zur Durchführung und Abwicklung des Generalabkommens zwischen dem ita-

lienischen Fiat-Konzern und der sowjetischen Regierung gegründet worden, wurde auch bekanntgegeben, dass die sowjetischen Fiat-Werke in der Stadt Togliatti (früher Stawropol) in der Nähe von Kuibyschew errichtet werden. Ostdeutschen Angaben zufolge wird das Werk, das 1969 die Produktion des abgeänderten Modells Fiat 124 aufnehmen soll, über 138 automatische Taktstrassen und mehr als 3500 Werkbänke verfügen.

Die Jahreskapazität wird mit insgesamt 600 000 Personenautomobilen angegeben. Neben dem Modell Fiat 124 soll später ein von italienischen und sowjetischen Konstrukteuren gemeinsam entwickeltes Modell sowie ein Kombiwagen erzeugt werden. Italienische Beobachter rechnen indessen damit, dass das neue Automobilwerk erst 1972 seine volle Produktionskapazität erreichen wird.

Die Stadt Togliatti (Stawropol) befindet sich in der Nähe bedeutender Energiequellen und verfügt über gute Verkehrsverbindungen. Das ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil man sowjetischerseits mit täglichen Zulieferungen von 2500 Tonnen Materialien rechnet. Neben Moskau, Gorki, Saparoschje und Ischewsk wird Togliatti zum fünften Zentrum der sowjetischen Automobilproduktion werden.

Wieviele Chinesen?

Gibt es 650, 700 oder 750 Millionen Chinesen?

Gegenüber westlichen Besuchern legen die chinesischen Behörden eine bemerkenswerte Gleichgültigkeit im Hinblick auf den jährlichen Bevölkerungszuwachs oder auf die genaue Bevölkerungszahl an den Tag. Es kann einem Fragesteller im Ministerium für Gesundheit passieren, dass ihm geantwortet wird, der Geburtenüberschuss bewege sich mehr oder weniger um 10 Millionen im Jahr. Seit Jahren wurde als Bevölkerungsziffer stereotyp 650 Millionen genannt, wahrscheinlich eine Abrundung der letzten veröffentlichten Schätzung von 1957 mit 649 Millionen. Während diese Angabe besonders in deklamatorischen Erklärungen wiederholt wurde, gab es anderseits divergierende Angaben. Technische Zeitschriften Chinas nannten mitunter 670 oder 680 Millionen, ausländischen Besuchern sind vielfach noch ganz andere Zahlen genannt worden.

Die letzte offizielle, aber nicht in China publizierte Schätzung, die man dem indischen Demographen Dr. Chandrasekhar 1959 mitteilte, stellte sich für Ende 1958 auf 673 Millionen. Im Februar 1959 bezog sich Aussenminister Tschen Yi auf 680 Millionen; im Juli 1960 nannte der Oberbürgermeister von Schanghai, Ko Tsching-shih, Edgar Snow gegenüber 670 Millionen. Im Januar 1966 sagte Mao Tse-tung (auch hier die autoritativste Quelle?) zu Edgar Snow, er arbeite noch auf der Basis 680 bis 690 Millionen, aber auch dies erscheine ihm, Mao, unglaublich hoch. Im April 1966 nannte Tschu En-lai, womöglich der Macht der Gewohnheit folgend, gegenüber Pakistanern nochmals 650 Millionen, aber am 3. Mai 1966 waren es bei Tschen Yi auf einem Empfang für Auslands-Chinesen 700 Millionen geworden. Diese Zahl wird seitdem in der chinesischen Presse stereotyp verwendet.

Westliche Schätzungen gehen mehr oder weniger von der Uebernahme des Resultats der Volkszählung von 1953 mit 583 Millionen, ohne Taiwan, aus. Gerüchteweise verlautete, dass 1964 in bestimmten Gebieten ein neuer Zensus unternommen worden sei, aber das grosse Geheimnis um dieses Unternehmen, sollte es stattgefunden haben, erweckt Zweifel in bezug auf Wert oder wissenschaftliche Genauigkeit. Daher konzentriert sich das westliche Interesse auf den jährlichen Nettozuwachs. Legt man seit 1953 eine Wachstumsrate von 2 Prozent zugrunde, so müssten 1966 rund 750 Millionen vorhanden sein. Die Chinesen selbst haben mit einer Rate von 2 bis 2,5 Prozent kalkuliert. Tschu En-lai gab zu, in den Krisenjahren 1960 bis 1962 sei die Geburtenrate gefallen, aber 1963 wieder auf 2,5 Prozent gestiegen; man hoffe, sie bis 1970 auf das japanische Niveau von 1 Prozent senken zu können.

Projiziert man nur eine Rate von 2 Prozent in die Zukunft, so wird China Ende des Jahrhunderts rund 1,75 Milliarden erreicht haben. Auch wenn diese Rechnung spekulativ bleiben muss, erfordert ein Problem dieser Grössenordnung eine grössere Präzision seitens der Behörden als bisher.

In Kürze

Ueber 20 Verletzte gab es auf dem Kongress des indischen Metallarbeiter-Verbandes, als sich die Anhänger Pekings und Moskaus um die Führung dieser kommunistisch orientierten Gewerkschaft stritten. Die Saalschlacht der rund tausend Delegierten wurde mit Fäusten, Stuhlbeinen und Wurfgeschossen verschiedenster Art ausgetragen.

*

Eine Gruppe palästinischer Araber hat ihre Guerilla-Ausbildung in China beendet und bereitet sich nun «irgendwo im arabischen Heimatland» auf den Einsatz gegen Israel vor, wie Achmed Shukairi, Präsident der «Befreiungsorganisation für Israel», bekanntgab.

*

In Polen gibt es laut Radio Warschau über drei Millionen Altersrentner, aber nur 34 000 Plätze in Altersheimen.

*

In einem Kommentar führte anfangs September Radio Brno (Brünn) Klage darüber, dass tschechoslowakische Touristen in Bulgarien wesentlich schlechter behandelt würden als die Gäste aus dem kapitalistischen Ausland, weil sie nicht mit harten Devisen bezahlen könnten. Die zahlungskräftigen Westeuropäer genössen alle Vorteile, während die Tschechen und Slowaken nur als «arme Verwandte» betrachtet würden. Die Schuld hierfür liege zum Teil beim staatlichen tschechoslowakischen Reisebüro «Cetok», das sich übrigens um die inländischen Kunden wenig kümmere. So müssten mit «Cetok» reisende Bürger der CSSR die lange Reise nach Bulgarien grösstenteils stehend, ohne irgendwelche Verpflegungsmöglichkeiten, zurücklegen. Schlafwagenplätze gebe es nämlich nur für «bestimmte (privilegierte) Personen» oder auf dem schwarzen Markt.

*

An der Südküste der Krim wird ein «Heim» für Delphine errichtet. Die Wissenschafter werden hier mit Hilfe modernster wissenschaftlicher Geräte das Leben der Delphine studieren. Besonderes Interesse zeigt man an ihrer mutmasslichen «Sprache» und dem Geheimnis ihrer schnellen Fortbewegung.

OVOMALTINE
um mehr zu leisten!
warm kalt frappé

Theater im «Friedenskampf»

Zur Vorbereitung der Gründungskonferenz des «Verbandes der Theaterschaffenden der DDR» im Dezember hat jetzt das Initiativkomitee unter Vorsitz des Intendanten des Deutschen Theaters in Ost-Berlin, Wolfgang Heinz eine Denkschrift veröffentlicht. Hierin werden die Situation des Theaters in Ostdeutschland und Ost-Berlin analysiert, die Zukunftsaufgaben gestellt und die Arbeitsprinzipien des neuen Verbandes formuliert. In der Denkschrift heisst es u. a.:

«Dem Theater, das für Frieden und Sozialismus wirken will, kommt unter den Bedingungen des nationalen Kampfes in Deutschland keine grössere Aufgabe zu, als diesen unseren Staat zu stärken . . .

Die Theaterkunst der Deutschen Demokratischen Republik wird damit zum bedeutenden Faktor des ideologischen Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus . . .

Unser Theater steht mitten in diesem Kampf und trägt durch seine Arbeit zur Sicherung des Friedens und der humanistischen Zukunft in ganz Deutschland bei. Den Erfordernissen der sozialistischen Gesellschaft verpflichtet, kämpft es gegen alle Formen der psychologischen Kriegsführung und jegliche Einflüsse der imperialistischen Ideologie; gegen die Versuche Skeptizismus und Pessimismus in unsere Republik zu tragen und . . . Positionen des Sozialismus in Frage zu stellen und anzugreifen.»

Das «sozialistische Menschenbild» habe im Mittelpunkt der künstlerischen Bemühungen zu stehen. «Das Poetische als Medium zur Rekonstruktion der gesellschaftlichen Produktivkraft Mensch», so heisst es, «gewinnt für das Theater grosse Bedeutung.»

An allen Theatern müsse das Ensemble zu einer neuen Qualität der «sozialistischen Gemeinschaftsarbeit» geformt werden: «Unser Ensemble-Begriff geht — im Unterschied zur bürgerlichen Ensemble-Idee — von der politisch-moralischen Einheit unserer Theaterschaffenden und ihrer Identität mit dem Anliegen unseres Staates aus. Er bedeutet die Mitarbeit aller auf einem sich ständig steigernden Niveau gesellschaftlicher Bewusstheit und politischer wie fachlicher Kenntnisse.»

Das Theater der DDR, so wird behauptet, biete den «humanistischen Leistungen westdeutscher Künstler eine Heimstatt und eine Plattform für echte Wirksamkeit». Die Förderung der Verbindungen zu den «fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland und in anderen kapitalistischen Ländern» sei daher eine der Hauptaufgaben des zu gründenden Verbandes.

denz
clichés bern
Tscharnerstrasse 14
Telefon 031-45 11 51